

*Für Peter,
der eine gute Zeit als Soldat der Bundeswehr hatte,
obwohl er politisch meist sehr viel weiter links stand
als alle Kameraden*

*Für Martina,
die mittlerweile mehr über Panzer weiß
als so mancher Gedienter*

*Für Jonathan,
der selbst nie Krieg erleben möge*

INHALT

EINLEITUNG Von Blank zu blank 9

- 1 Ein Tag im November – 101 Soldaten werden vereidigt 19
- 2 Das Amt Blank – Die Bundesrepublik bereitet die Wiederbewaffnung vor 28
- 3 Die neue Truppe – Wieder Wehrpflicht und langsamer Aufbau 58
- 4 Eine bessere Armee – Staatsbürger in Uniform unter dem Primat der Politik 72
- 5 Blau gegen Rot – Die verfeindeten Brüder bringen sich in Stellung 86
- 6 Massive Vergeltung – Pläne für den Nuklearkrieg auf dem Gebiet der Bundesrepublik 97
- 7 Bedingt abwehrbereit – Der Verteidigungsminister stolpert über eine Affäre 105
- 8 »Inneres Gewürge« – Der Umgang mit militärischer Tradition und Kritik an der Armee 114
- 9 Witwenmacher und lahme Raubkatzen – Immer wieder Probleme mit der Ausrüstung 124
- 10 Einsatz im Inneren – Katastrophenschutz: ja, Terrorbekämpfung: nein 142
- 11 Rebellen und Pazifisten – Zwischen Haarnetz und Bundeswehr-Universitäten 154
- 12 Entspannung und Anspannung – Ostpolitik, NATO-Doppelbeschluss und Beinahe-Krieg 159
- 13 Kampf gegen braunes Gedankengut – Skandale bis in die jüngste Zeit 173
- 14 Friedensdividende – Das Schrumpfen beginnt 190
- 15 Frau Hauptmann – Der lange Weg zu einer weiblicheren Truppe 199

- 16 Mission Ausland – Sanitäter, Pioniere;
schließlich deutsche Flugzeuge über Belgrad **205**
- 17 Der erste Kampfeinsatz – Deutsche Bodentruppen
auf dem Balkan **218**
- 18 Am Hindukusch – Der Einsatz in Afghanistan
entwickelt sich zum Krieg **229**
- 19 Ein Tag im April – Bundeswehrsoldaten fallen
im Kampf **250**
- 20 Ohne Strategie unterwegs – Das Scheitern in
Afghanistan **267**
- 21 Ein Abzug und die Folgen – Das Ende des Kampfes
gegen den Terror **288**
- 22 Viel Zeit, wenig Wende – Die Bundeswehr vor dem
Hintergrund des Ukraine-Krieges **303**

Dank **321**

ANHANG	Auf dem Schleudersitz:
	Die Verteidigungsminister der Bundesrepublik 323
	Dienstgrade (Heer und Luftwaffe/Marine) 325
	Glossar 327
	Abkürzungen 329
	Literatur und Quellen 333
	Register 347

EINLEITUNG

Von Blank zu blank

An einem sonnigen Vormittag im August 2022 klettert der Bundeskanzler in einen Panzer. Der »Gepard« mit Zwillingskanone und zwei Radaranlagen steht auf einem Truppenübungsplatz in Putlos an der Ostsee. Olaf Scholz besucht den Standort der Bundeswehr in Schleswig-Holstein, um sich den Flugabwehrkanonenpanzer zeigen zu lassen. Daran werden gerade ukrainische Soldaten von Mitarbeitern des Rüstungsunternehmens Krauss-Maffei Wegmann (KMW) ausgebildet. Vor vielen Jahrzehnten hat KMW den Panzer hergestellt. Das erste Exemplar übergab die Firma 1976 an die Bundeswehr. Nun erläutern deren Angestellten dem Kanzler wie der Gepard funktioniert. Als Scholz mühsam durch die enge Luke eingestiegen ist, dreht sich der Turm rasch, von links nach rechts, hebt und senkt sein Zwillingsgeschütz.

Einige hundert Meter entfernt, Richtung Meer, stehen weitere Flak-Panzer, in denen ukrainische Besatzungen sitzen. Sie lernen, Ziele zu erfassen und sie dann vom Himmel zu holen. Das Geknatter feuern der Zwillingsgeschütze schallt herüber. Die Ukrainer schießen auf einen Schleppsack am Himmel, den ein weißer Learjet hinter sich herzieht. 30 dieser Flak-Panzer hat die Bundesregierung in die Ukraine geschickt. Sieben weitere folgen Anfang 2023. Ihr Training erhalten die ukrainischen Schützen, Fahrer und Kommandanten des Gepard in der Bundesrepublik, aber nicht von der Bundeswehr. Denn sie hat keinen dieser Flugabwehrpanzer mehr im Dienst, keine Munition im Depot und keine Ausbilder parat. Also springt KMW ein.

Im Krieg gegen Russland helfen die »Geparden« dabei, ukrainische Städte vor den russischen Luftschlägen zu schützen. Bis 2010 verfügte auch die Bundeswehr über das Flugabwehrsystem. Aus fehlender politischer Weitsicht und wegen zu geringer finanzieller Mittel wurde der Flak-Panzer aussortiert. Luftangriffe auf Deutschland und auf die Solda-

ten in den Auslandseinsätzen wie im Kosovo oder am Hindukusch schie-
nen unwahrscheinlich. In Afghanistan oder Mali setzen die Gegner keine
Flugzeuge, keine Kampfhubschrauber oder gar Marschflugkörper ein.
Deutschland fühlte sich ohnehin von Freunden umgeben, woher sollte
eine Bedrohung kommen?

Selbst die völkerrechtswidrige Annexion der Krim durch Russland
2014 änderte an dieser Haltung nichts, ebenso wenig die Besetzung von
Teilen der Oblaste Luhansk und Donezk, zwei Verwaltungsbezirke im
Osten der Ukraine, durch aus Moskau gelenkte Separatisten. Obwohl da-
mit erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg gewaltsam Grenzen in Europa
versetzt wurden, machte Deutschland weiterhin Erdgasgeschäfte mit
dem Kreml und rüstete im Gegensatz zu vielen Verbündeten kaum auf.
Erst der russische Einmarsch in die Ukraine am 24. Februar 2022 ließ
Olaf Scholz die »Zeitenwende« ausrufen, von der aber niemand so genau
zu sagen vermag, wie nachhaltig sie wirklich sein wird. Bis Anfang 2023
jedenfalls hat die Bundeswehr wenig davon gemerkt. Außer warmen
Socken und ein wenig mehr »persönliche Ausrüstung« ist bei den Sol-
daten nach zwölf Monaten »Zeitenwende« noch keine neue Ausstattung
angekommen.

Für die Bundeswehr gilt das Primat der Politik. Bundesregierung und
Bundestag legen fest, wo und wie die Parlamentsarmee eingesetzt, womit
sie ausgestattet wird, wie groß und wie schlagkräftig sie ist. Die Abgeord-
neten entscheiden nicht nur über die Auslandmissionen, sondern auch
über die Höhe des »Einzelplans 14«, wie der Wehretat genannt wird. Alle
Beschaffungsprojekte, die 25 Millionen Euro überschreiten, müssen vom
Haushaltsausschuss abgesegnet werden. Der Verteidigungsausschuss be-
gleitet die Truppe und kann, wenn dessen Mitglieder Missstände ent-
deckt haben, als Untersuchungsausschuss einzelne Probleme durch-
leuchten. Zudem wählt der Bundestag den Wehrbeauftragten, an den
sich Soldaten bei Mobbing durch Vorgesetzte, bei Diskriminierungen,
bei Ärger über die schlechte Ausstattung oder andere Sorgen wenden
können.

Stets waren und sind die Streitkräfte von der Politik gelenkt und be-
einflusst. Schon Carl von Clausewitz, der preußische General und Kriegs-
theoretiker, stellt in seinem 1831 erschienenem Hauptwerk »Vom Kriege«

fest: »So sehen wir also, dass der Krieg nicht bloß ein politischer Akt, sondern ein wahres politisches Institut ist, eine Fortsetzung des politischen Verkehrs, ein Durchführen desselben mit anderen Mitteln.« Was Clausewitz über die militärischen Konflikte und damit auch über die Streitkräfte seiner Zeit sagt, gilt auch für die Bundeswehr seit ihrer Gründung bis heute. Stets ist sie ein Mittel der Politik, oft genug auch ein Spielball.

So braucht der erste Kanzler der Bundesrepublik, Konrad Adenauer, die Soldaten nicht für die Verteidigung, er stellt eine Armee auf, um die Souveränität der Bundesrepublik zu erlangen. Der Christdemokrat sieht die Westbindung seines jungen Staates gefährdet ohne eine Aufnahme in die NATO – und das geht nur mit eigenen Streitkräften. 1945 hatten die Alliierten das Militär in Deutschland aufgelöst. Zehn Jahre lang gab es nach der bedingungslosen Kapitulation der Wehrmacht keine regulären deutschen Truppen im Land. 1955 schuf das Kabinett Adenauer dann eine neue Armee, um das wichtigste außenpolitische Ziel zu erreichen, die Integration in das westliche Verteidigungssystem als souveräner Staat.

Deutschlands erster Verteidigungsminister, Theodor Blank, erklärt 1955 vor dem Bundestag in Bonn: »Die Bundesregierung ist sich der Schwierigkeiten und der Bedeutung der vor ihr stehenden Aufgaben bewusst. Sie hätte den Weg, der jetzt beschritten wird, die Aufstellung von Streitkräften, gern vermieden, wenn sich eine andere Möglichkeit gezeigt hätte.« Das Protokoll des Parlaments vermerkt Gelächter bei den Sozialdemokraten. Blank ist vor den Abgeordneten im Plenarsaal ehrlich, die Gründung der Bundeswehr ist für ihn ein notwendiges Übel. Hier zeigt sich von 1955 bis ins Heute hinein eine durchgehende Linie: Verschiedene Bundesregierungen nutzen die Truppe immer wieder als Mittel der Politik – oft auch kurzfristig, ohne die Soldaten für ihre Aufträge ausreichend auszurüsten oder ihnen neue Strategien zu erklären.

Die Bundeswehr besteht seit bald sieben Jahrzehnten. Damit existiert sie länger als jede andere deutsche Armee seit der Gründung des Deutschen Reiches 1871. Auf knapp 48 Jahre Existenz kommt die kaiserliche Truppe, die Reichswehr auf 13 und die Wehrmacht auf zwölf. Mehr als drei Jahrzehnte lang wussten die Angehörigen der Bundeswehr genau, wozu sie gebraucht wurden. Im Kalten Krieg waren die Streitkräfte zur

Abschreckung da. Mit dessen Ende setzten das Schrumpfen und das Sparen ein. Im wiedervereinigten Deutschland geriet die Armee in eine Sinnkrise. Zahlreiche Auslandseinsätze begannen in den Neunzigerjahren, einige davon laufen bis heute. Nun dient die Bundeswehr erneut als Mittel der Außenpolitik. Mit ihr zeigt die Bundesregierung ihre Bereitschaft, auf dem internationalen Parkett mehr Verantwortung zu übernehmen. Schließlich strebt das wiedervereinigte Deutschland selbstbewusst einen Sitz im Weltsicherheitsrat an. Doch diese ehrgeizigen Ambitionen werden nicht finanziell im Wehretat hinterlegt. Seit Jahrzehnten fehlt es der Bundeswehr nicht nur an geeigneter Rüstungstechnik wie großen Transportflugzeugen, einsatzbereiten schweren Hubschraubern, Uniformen für unterschiedliche Klimazonen, sondern auch an klaren Bekenntnissen aus der Politik zu laufenden Missionen, Reformen und Aufgaben.

Der Gepard, der dem Bundeskanzler gezeigt wird, steht exemplarisch für die kurzsichtige und fehlgeleitete Sicherheitspolitik in Deutschland. Politik und militärische Führung haben ab 2010 wider besseren Wissens den Flak-Panzer aufgegeben, weil dessen Modernisierung zu teuer schien. Für den dringend benötigten Nachfolger fehlten allerdings ebenfalls die finanziellen Mittel. Also löste die Bundeswehr 2012 die Heeresflugabwehr auf, deren Aufgabe es war, die eigenen mobilen Verbände vor gegnerischen Luftschlägen zu schützen. Der Gepard ist nur ein Fall von vielen, in dem die Politik den Soldaten einen lebensnotwendigen Schutz weggespart hat, wehrbürokratisch wird das als »Fähigkeitslücke« verbrämt.

Diese Panzer und anderes Material auszusortieren und sie ins Ausland und an die heimische Industrie zu verkaufen, das gehe schnell. Aber eine neue Heeresflugabwehr aufzubauen, das dauere mindestens ein Jahrzehnt, sagen Experten. Bereits 2021 stellte Hans-Peter Bartels, der frühere Wehrbeauftragte des Bundestages, fest: »In der Mitte Europas braucht die NATO ein größeres, einsatzbereites deutsches Heer. Es muss schnell verlegfähig sein und sich in der Bewegung selbst schützen können, auch gegen Luftbedrohung.« Nach dem 24. Februar 2022 haben in Deutschland viele verstanden, dass die Bundesrepublik eben doch nicht nur von Freunden umgeben ist. Beim Heer weiß die Spitze natürlich, dass sie eine eigene Flugabwehr braucht, die den Schutz der Panzer-

truppe und Infanterie vor feindlichen Luftangriffen übernimmt. Im Kalten Krieg unterhielt die Landstreitkraft noch zwei Waffensysteme dafür: den Flugabwehrraketenpanzer »Roland« und den »Gepard«. Damals war diese mobile Flugabwehr der Bundeswehr herausragend innerhalb der NATO. Heute kann die Truppe auf dem Gefechtsfeld kleine Drohnen und Schwärme der ferngelenkten Flieger kaum abwehren. Vorhanden sind Ende 2022 nur noch 19 altersschwache »Wiesel«-Panzer, die mit »Stinger«-Raketen bestückt sind und bei der Bundeswehr als »leichtes Flugabwehrsystem Ozelot« bezeichnet werden. Sie unterstehen der Luftwaffe, die damit das Heer beschützen soll. Von den 19 Exemplaren sind aber wegen des hohen Alters nie alle dauerhaft einsatzbereit. Bodentruppen der Bundeswehr können damit außerhalb von Feldlagern kaum verteidigt werden.

Der Umgang mit der Heeresflugabwehr zeigt, dass die Politik immer wieder leichtfertig sicherheitspolitische Entscheidungen fällt, die langfristige Auswirkungen auf die Verteidigungs- und Einsatzfähigkeit der Bundeswehr haben. Ein Fachmann kritisiert das deutlich: »Die Strukturänderungen mit Blick auf die Heeresflugabwehr und die Verlagerung der Aufgaben an die Luftwaffe war einer der schwersten organisatorischen Fehler der vergangenen 20 Jahre«, stellt Generalleutnant a. D. Kersten Lahl fest. »Es wäre ein Irrglaube anzunehmen, einmal vollzogene Strukturänderungen seien locker von heute auf morgen wieder zurückzunehmen. Nein, jeder Fehler hier dauert Jahre, um ihn halbwegs wieder auszubügeln. Leider.«

Als Russland die Ukraine überfällt, wird deutlich, wie wichtig die Heeresflugabwehr ist. Die Ukrainer hatten zunächst zu wenig Schutz vor feindlichen Luftschlägen. Dann kamen Flugabwehrsysteme aus dem Westen, darunter die »Geparden« aus Deutschland. Nach einem Jahr Krieg sieht die Lage für die ukrainischen Streitkräfte nun wesentlich besser aus. Bei ihren erfolgreichen Gegenoffensiven im September und Oktober 2022 bei Charkiw im Nordosten und Cherson im Süden gibt es kaum noch russische Luftangriffe auf die vorrückenden Verbände, die russische Führung hatte schon so viele Flugzeuge und Helikopter verloren, dass sie ihre restliche Luftwaffe schont. Sie beschießt stattdessen monatelang ukrainische Städte mit Raketen sowie Marschflugkörpern

und attackiert mit Kamikazedrohnen. Von diesen Angriffen fängt die ukrainische Luftverteidigung oft mehr als 70 Prozent ab. In Deutschland wären die Streitkräfte dazu nicht in der Lage. Die Bundeswehr könnte wohl keine einzige deutsche Großstadt vor Luftschlägen schützen.

Die Fähigkeitslücke bei der Flugabwehr soll mit der von Scholz ausgerufenen »Zeitenwende« behoben werden. 100 Milliarden Euro gibt es als Sondervermögen für die Truppe. Aber Anfang 2023 sind noch keine Verträge unterschrieben, und bis ein so komplexes System aufgebaut ist und Soldaten daran ausgebildet sind, werden viele Jahre vergehen. In diesem Bereich hätten Deutschland und Europa akute Lücken und großen Nachholbedarf, räumt Verteidigungsministerin Christine Lambrecht Ende 2022 ein. Nun würden die Herausforderungen aber wirklich angegangen. Das sei die Zeitenwende.

Ihr Nachfolger hat sich dem Problem bereits angenommen. Verteidigungsminister Boris Pistorius, seit dem 19. Januar 2023 im Amt, kündigte nun an, die »Gepard-Lücke« schließen zu wollen und generell die Luftverteidigung zu stärken. Deutschland hat sich dazu mit 14 anderen europäischen Staaten zusammengetan. Fehlende Flugabwehr ist nicht nur in der Bundesrepublik ein Thema.

Die Sozialdemokraten, in der Ampel-Koalition für die Bundeswehr zuständig, weisen immer wieder daraufhin, dass die Probleme der Truppe von den Verteidigungsministern aus CSU und CDU verursacht worden seien. Tatsächlich wurde die Bundeswehr seit dem Ende des Kalten Krieges von vielen Politiker kaum beachtet und geachtet. Oft genug schlug ihr aus der Politik Desinteresse entgegen. So gilt der Verteidigungsausschuss bei Parlamentariern als unattraktiv, das Amt des Verteidigungsministers als Schleudersitz und für große Nähe zur Truppe oder der Rüstungsbranche werden Abgeordnete in den Medien und von Friedensgruppen regelmäßig kritisiert. »Wir alle sind in den letzten Jahren den sicherheitspolitischen Mainstream mitgegangen, die Landes- und Bündnisverteidigung zu vernachlässigen«, räumt Lars Klingbeil, Parteivorsitzender der SPD, 2022 ein. »Nur die wenigsten sind davon ausgegangen, dass Putin die Ukraine angreift. Wenige Tage später hat Putin seinen Angriff gestartet. Mich beschäftigt bis heute, dass wir das alle nicht gesehen haben.«

Die Bundeswehr ist auf die Aggression der russischen Armee nicht vorbereitet – auch nicht darauf, kurzfristig die Bündnisverteidigung zu verstärken. Seit Jahrzehnten reiht sich eine Reform an die nächste. In viel zu kurzen Abständen soll die Bundeswehr neu erfunden werden. Meist geht es darum, ihre Struktur an die von politischer Seite beschlossenen Sparpläne anzupassen.

Wohin das geführt hat, macht Alfons Mais, der Inspekteur des Heeres, am 24. Februar 2022 klar. Er schreibt, das Heer stehe »mehr oder weniger blank da«, ausgerechnet in dem Moment, in dem in Europa ein Krieg beginnt. »Die Optionen, die wir der Politik zur Unterstützung des Bündnisses anbieten können, sind extrem limitiert.« Seine kurze Nachricht von wenigen Zeilen löst große Aufmerksamkeit aus, bei manchem auch Empörung oder Entsetzen.

Mais gehört seit 1981 zum Heer. Er lernt die Bundeswehr im Kalten Krieg kennen, Der heutige Spitzengeneral ist in Koblenz aufgewachsen, damals die größte Garnisonsstadt in der Bundesrepublik. Militär und Panzer waren allgegenwärtig auf den Straßen. Seine Schule bekam regelmäßig Besuch von Jugendoffizieren. Und einmal im Jahr machte seine Klasse einen Ausflug in eine Kaserne. Damals hatte die Bundeswehr einen klaren Auftrag, die Landes- und Bündnisverteidigung. Die Truppe war mit zahlreichen Waffensystemen gut ausgestattet, mit mehr als 7000 Kampf-, Schützen- und sonstigen Panzern, gut 1000 Kampfflugzeugen, 40 Raketenschnellbooten, 24 U-Booten sowie einigen Zerstörern und Fregatten.

Als Mais seine Sorge über den Zustand der Truppe äußert, verfügt die Bundeswehr über weniger als 300 Kampfflugzeuge. 266 Kampfpanzer sind einsatzbereit. Russland hingegen kann zum Zeitpunkt seines Angriffs auf die Ukraine 12 400 solcher Kolosse auf Ketten aufbieten – und die Vereinigten Staaten immerhin halb so viele. Deutschland steht weltweit auf Platz 55 der Staaten mit den meisten Kampfpanzern.

41 Jahre dient Mais bereits als Soldat, für ihn ist der russische Angriff ein tiefer Einschnitt, vergleichbar mit dem Fall der Berliner Mauer und den Terroranschlägen am 11. September 2001, sagt er in einem Video, das das Verteidigungsministerium veröffentlicht hat. Der Generalleutnant lobt die Versuche, die Einsatzbereitschaft der Armee zu verbessern, stellt

aber auch fest, dass die Bundeswehr nicht mehr die Möglichkeit habe, auf eine unerwartete Situation unmittelbar zu reagieren, also nicht wie die Feuerwehr bei einem Alarm sofort aufbrechen zu können.

Ende März 2022 wendet er sich in einem Inspekteurbrief an seine Soldaten. Er beschreibt die Folgen des russischen Angriffskrieges, das Leiden in der Ukraine, persönliche Tragödien, auch den Bruch der festgefühten Ordnung in Europa. Mit dem »erneuten völkerrechtswidrigen Handeln der Russischen Föderation« sei »für Europa eine Zeitenwende eingetreten. Der Krieg ist nach Europa zurückgekehrt«. Vorbereitet ist das Heer darauf nicht. »Ausbildung und Einstellung alleine reichen jedoch zur Auftrags Erfüllung nicht aus«, heißt es weiter. »Nur die Verbindung gut ausgebildeter und in ihrem Wertefundament gestärkter wehrwilliger Soldatinnen und Soldaten mit einer angemessenen Ausstattung und hoher materieller Einsatzbereitschaft unserer Waffensysteme führt letztlich zur Verteidigungsfähigkeit des Heeres.« Eine klare Forderung an die Politik.

Deutliche Worte findet auch die Wehrbeauftragte des Bundestages, Eva Högl, in ihrem Jahresbericht 2022. »Um die Bundeswehr bei Material, Personal und Infrastruktur bestmöglich aufzustellen, braucht es Investitionen. Sie muss modernisiert werden, insbesondere um für ihren Kernauftrag der Landes- und Bündnisverteidigung gerüstet zu sein. Die Dringlichkeit und Notwendigkeit dessen legt Putins Angriff auf die Ukraine schonungslos offen.« Tatsächlich haben die Streitkräfte der Bundesrepublik so viele Mängel, dass Deutschland nicht verteidigungsbereit ist. 1962, bei der »Spiegel«-Affäre, galt Westdeutschland immerhin noch als »bedingt abwehrbereit«.

Verschiedenen Bundesregierungen waren und sind diese Mängel durchaus bewusst. 2019 stellte das Bundeskabinett unter Kanzlerin Merkel in seinem »Weißbuch zur Sicherheitspolitik« fest: »Die stärkere Akzentuierung von Landes- und Bündnisverteidigung einschließlich der Abschreckung – insbesondere an der Peripherie der Allianz – verlangt von der Bundeswehr, ihre Einsatzorientierung auf diese anspruchsvolle Aufgabe und die hierzu notwendige Vorbereitung zu erweitern. Hieraus resultierende Verpflichtungen und Maßnahmen haben mit den jüngsten sicherheitspolitischen Veränderungen eine neue Dimension erreicht. Sie

werden absehbar verstärkt die Fähigkeiten der Bundeswehr in der gesamten Bandbreite fordern.« Passiert ist trotz dieser Erkenntnis allerdings nur wenig.

Im Interview mit »ZEIT ONLINE« im Sommer 2022 sagte Alfons Mais: »Dass der Zustand der Bundeswehr so ist, wie er heute ist, ist ja kein Zufall, sondern das geht auf bewusste Entscheidungsprozesse von vor zwölf Jahren zurück. In Folge der Finanzkrise standen wir damals unter erheblichem Spardruck. Unter den Verteidigungsministern Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU) und Thomas de Maizière (CDU) wurde die Frage aufgeworfen, was wir uns leisten können, welche Streitkräfte wir eigentlich brauchen und was der Hauptauftrag der Bundeswehr sein soll.« Mais beleuchtet die Rolle der Politik: »Im Ergebnis verlor die Landes- und Bündnisverteidigung drastisch an Bedeutung. In der Annahme, dass wir nur von Freunden umgeben wären, wurde entschieden, dass das keine prioritäre Aufgabe der Streitkräfte mehr sein sollte. Auch die Abschaffung der Flugabwehr beim Heer und die Aussetzung der Wehrpflicht waren bewusste Entscheidungen.«

Nun sind es klare politische Entscheidungen, die Regierung in Kiew im Krieg gegen Russland zu unterstützen. Die Bundeswehr gibt dafür viele Waffensysteme ab, die sie eigentlich selbst für die Landesverteidigung braucht. So erhalten die ukrainischen Streitkräfte »Panzerhaubitzen 2000«, von denen das Heer nur wenige einsatzbereite Exemplare hat, um die eigenen Soldaten ausreichend auszubilden, dazu Mehrfachraketenwerfer vom Typ »MARS II«, die Mangelware bei der Truppe sind, oder eben die »Geparden«, deren Reaktivierung so mancher deutscher Soldat erhofft hatte.

Fast schon ironisch mutet es an, dass ausgerechnet der vor fast 20 Jahren ausgemusterte Gepard nun eine Rolle in einem Krieg spielt, der Scholz dazu gebracht hat, die Zeitenwende auszurufen, der Landesverteidigung eine neue Priorität einzuräumen und die bedeutende Rolle der Bundeswehr für die Sicherheit und Freiheit der Bundesrepublik zu betonen. »Zeitenwende« wurde 2022 zum »Wort des Jahres« gewählt. Für die Soldaten der Bundeswehr ist das ein großes Wort, das bisher nur zu sehr kleinen Änderungen ihres Alltags in Uniform geführt hat.